

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Dieter Haack MdB, Bundes-
bauminister, kündigt Ge-
setzesinitiativen der
Bundesregierung gegen
leerstehende Wohnungen an:
Sozialbindung sichern.

Seite 1/2

Axel Wernitz MdB zum Lei-
tungswechsel im Bundes-
kriminallamt: Horst Herold
hat Anerkennung und Res-
pekt verdient.

Seite 3

Klaus-Dieter Osswald MdB
begrüßt die Bereitstellung
zusätzlicher Mittel für
den Hochschulbau: Länder
müssen handeln.

Seite 4

Liesel Hartenstein MdB un-
tersucht das Auftreten
von Schwermetallen in
Sportplatzbelägen: Anhö-
rung mit Sachverständigen.

Seite 5

Günter Markscheffel erin-
nert an Erich Ollenhauer:
Staatsmann ohne Staatsamt.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 59

26. März 1981

Sozialbindung sichern

Mit neuem Nutzungsgebot gegen leerstehende Wohnungen

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Über die wohnungs- und städtebaulichen Hintergründe von Hausbesetzungen ist in den vergangenen Wochen heftig diskutiert worden. Wohnungsknappheit in den Ballungsgebieten auf der einen Seite und leerstehende Wohnungen auf der anderen haben ohne Zweifel berechtigten Anlaß zu kritischen Fragen gegeben. Für die Bundesregierung galt es vor allem zu prüfen, ob die heute gegebenen Rechtsgrundlagen ausreichen, um die sozialen Belange der Bevölkerung bei Sanierung und Modernisierung im notwendigen Ausmaß zu berücksichtigen. Allgemein kann man feststellen, daß das den Gemeinden zur Verfügung stehende Instrumentarium heute schon weitreichend ist, allerdings muß dieses Instrumentarium in einigen Punkten verbessert und fortentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund kommt der Umsetzung der bodenpolitischen Ziele der Regierungserklärung besondere Bedeutung zu. In erster Linie geht es bei diesem neuen bodenpolitischen Anlauf darum, das Angebot an Bauland zu vergrößern, um dämpfend auf die Preisentwicklung einzuwirken und darum, bereits vorhandenes Bauland tatsächlich der Bebauung zuzuführen. Zugleich wollen wir aber auch die Möglichkeiten für die Kommunen noch verbessern, einer unerwünschten Verdrängung der Wohnbevölkerung und damit auch dem Leerstehen von Wohngebäuden besser entgegenwir-



ken zu können. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist inzwischen im Bundesbauministerium fertiggestellt worden. Er hat bereits weitgehende Zustimmung bei den kommunalen Spitzenverbänden gefunden und gehört zum Gesamtpaket im Bereich von Wohnungs- und Städtebau, das wir Ende Mai dem Kabinett vorlegen werden.

Eine der Maßnahmen, um dem Hauptzweck leerstehender Wohnungen beizukommen, wird die Erweiterung des sogenannten "Nutzungsgebotes" nach dem Bundesbaugesetz sein. Im Geltungsbereich von Bebauungsplänen können die Gemeinden heute schon Nutzungsgebote aussprechen, um sicherzustellen, daß vorhandene Gebäude entsprechend der Bebauungsplanung auch tatsächlich genutzt werden. Voraussetzung für ein solches Gebot ist heute allerdings, daß die abweichende Nutzung - dazu gehört auch das Leerstehen von Wohnungen - städtebauliche Bedeutung gewonnen hat. Bloße wohnungspolitische Gründe rechtfertigen generell heute die Anordnung eines Nutzungsgebotes noch nicht. Beginnt allerdings das Leerstehen von Wohngebäuden Stadtquartiere zu prägen, wie insbesondere in bestimmten Berliner Stadtvierteln, dann ist auch heute schon die Anordnung eines Nutzungsgebotes aus diesem Grunde zulässig. Wir wollen mit unserem Gesetzesvorschlag erreichen, daß künftig das Nutzungsgebot auch zur Deckung eines Mangels an Wohnraum angeordnet werden kann, um damit nichtgenutzten Wohnraum der Wohnnutzung zuzuführen. Diese Neuregelung wird in ihrer Wirkung dem Anliegen des vom Berliner Senat vorgelegten "Gesetzentwurfes zur Beseitigung der Zweckentfremdung von Wohnraum" gerecht, eine Ermächtigung für die zwangsweise Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotes zu schaffen.

Eine generelle Regelung im Bundesbaugesetz hat den Vorteil, daß nicht nur in den durch Landesverordnung jeweils festzulegenden Gebieten, in denen das Zweckentfremdungsverbot gilt, gegen das Leerstehenlassen von Wohnraum vorgegangen werden kann, sondern überall in unserem Land, sofern ein erheblicher Mangel an Wohnraum in einer Gemeinde festgestellt ist. Im Verhältnis zu den heute möglichen Zweckentfremdungsverordnungen der Länder hat die vorgesehene Neuregelung des Nutzungsgebotes also einen wesentlich größeren Anwendungsbereich. Sie will ein Instrument für einen verantwortlichen Umgang mit vorhandenem Wohnraum sein und der Sozialbindung unserer Eigentumsordnung dienen.

(-/ 26.3.1981/hl/ca)



Stolze Bilanz -----

Horst Herold hat Anerkennung und Respekt verdient

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Wenige Wochen, nachdem das Bundeskriminalamt am 6. März 1981 sein dreißigjähriges Bestehen begehen konnte, findet am 1. April dieses Jahres ein Wechsel an der Spitze dieses Amtes statt. Horst Herold, Präsident des BKA seit knapp zehn Jahren, tritt in den vorzeitigen Ruhestand. Mit Horst Herold scheidet eine nicht nur im Polizeidienst wohl einzigartige und herausragende Persönlichkeit aus dem Amt, die sachliche Leidenschaft und Härte, unermüdlich-selbstloses Engagement, schöpferische Phantasie und zugleich menschliche Sensibilität in unverwechselbarer Weise in sich vereint.

Unter der Leitung von Horst Herold wurde das BKA eine hochleistungsfähige zentrale Institution der Verbrechensbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland mit weltweiter Reputation. Mit sein Verdienst ist es unbestreitbar, daß die Zeiten besonders schwerer Prüfungen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, insbesondere durch den Terrorismus, gemeistert werden konnten. Gerade auch die Mitglieder des Bundestagsinnenausschusses hatten in den zurückliegenden Jahren vielfach Gelegenheit, hier in Bonn oder vor Ort in Wiesbaden, den BKA-Chef als genialen Fachmann zu erleben.

Schon früh hatte Herold erkannt, daß eine moderne effektive Verbrechensbekämpfung ohne angemessenen Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung nicht auskommt. Ohne den von ihm konzipierten und forcierten Einsatz der EDV in der polizeilichen Arbeit hätte weder das BKA sein heute international anerkanntes Leistungsniveau, noch wäre man bei den Sicherheitsbehörden unseres Landes allgemein in der Lage, der "modernen" Kriminalität angemessen effektiv und rechtsstaatlich zugleich zu begegnen.

Sehr zu Unrecht also ist Herold in der Vergangenheit verschiedentlich das Etikett des unkritischen Datenfetischisten angehängt worden. Er hat in Wahrheit aber sowohl die Möglichkeiten beziehungsweise Notwendigkeiten als auch die Risiken beziehungsweise Mißbrauchsmöglichkeiten klarer und schärfer als manche seiner Kritiker gesehen. Und nicht nur das: Er hat in seinem Amt lange bevor die aktuelle Datenschutzdebatte und -gesetzgebung aufkam, konkret in der Praxis bereits bereichsspezifische Sicherheitsvorkehrungen verwirklicht.

Am Ende seiner Amtszeit kann Horst Herold auf eine stolze Bilanz zurückblicken, die jetzt zu Recht von vielen gewürdigt wird. Aber man sollte dabei auch nicht vergessen oder verschweigen, daß Horst Herold auf seinem Wege ein unerhörtes Maß an Opferbereitschaft, Verzicht bis hin zu verletzenden Attacken und Tiefschlägen abverlangt beziehungsweise zugefügt wurde. Man darf deshalb mit dem ehrlichen Dank für seinen Einsatz im Dienst für die Sicherheit und Freiheit unserer Bürger zugleich den Wunsch verbinden, daß Horst Herold da und dort, wo es nicht immer fair im Umgang oder in der Berichterstattung zuging, wenigstens nach dem Scheiden aus dem aktiven Dienst die hochverdiente Anerkennung und souveräner menschlicher Respekt zuteil werden.

Das große Wissens- und Erfahrungskapital des scheidenden BKA-Präsidenten Herold bleibt mit Gewißheit auch in Zukunft höchst gefragt.

Seinem Nachfolger im Amt, Heinrich Boge, darf man einen guten und fairen Start in der neuen Position des BKA-Präsidenten wünschen. (-/26.3.1981/vo-he/ca)

+ + +



Länder müssen handeln

Zusätzliche Mittel für Hochschulbau

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Das Angebot des Bundesbildungsministers Björn Engholm an die Bundesländer, für den Hochschulbau zusätzliche 150 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1981 zur Verfügung zu stellen, ist zu begrüßen. Damit wird die von den Bildungspolitikern der Fraktion bedauerte Kürzung dieses Titels im Haushalt aufgefangen. Zu den 680 Millionen DM im Haushalt kommen damit von Bundesseite noch einmal 150 Millionen dazu, vorausgesetzt die Länder stellen wie gewohnt ihren gleichen Anteil zur Verfügung. Damit stehen für den Hochschulbau in diesem Jahre doch 1,66 Milliarden DM zur Verfügung. Der Bildungsminister hat vorgeschlagen, daß die Bundesländer für die 150 Millionen in Vorlage treten, die Rückzahlung durch den Bund erfolgt dann ab 1984. Der Bund ist in früheren Jahren auch schon für die Länder in Vorlage getreten, also ein Verfahren, das nicht neu ist und den augenblicklichen Engpaß im Hochschulbau zu überbrücken hilft. Jetzt liegt es an den Länder, schnell zuzugreifen.

Mit den im Haushalt 1981 stehenden Mitteln treten dadurch Schwierigkeiten auf, da angefangene Projekte diese Mittel voll aufzehren und zum Teil nur verzögert zu Ende geführt werden können.

Der Bund hat in den letzten zehn Jahren rund 25 Milliarden DM für den Hochschulbau ausgegeben, er wird auch in Zukunft diese wichtige Zukunftsinvestitionen mitfinanzieren, denn die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt in der Sekundarstufe II sind, werden die Hochschulkapazitäten stark belasten.

Im Wintersemester 1980/81 hat die Zahl der Erstsemester schon um zehn Prozent zugenommen, obwohl seit 1972 die Zahl der Studierwilligen von 90 Prozent der Studienberechtigten auf unter 70 Prozent zurückgegangen ist.

Auch bei einer Überlastquote von 40 Prozent werden die 850.000 Studienplätze bis Mitte der 80er Jahre nicht ausreichen, wenn nicht noch Neubaumaßnahmen verwirklicht werden. Zwar gibt es in der Auslastung der einzelnen Hochschulen noch große Unterschiede - die traditionellen Hochschulen sind stark überlastet, einige Neugründungen nicht voll ausgelastet - aber insgesamt werden für die Hochschulen und ihr Personal schwierige Jahre kommen. Eine erneute Vermehrung der Numerus-clausus-Fächer soll aber auf jeden Fall vermieden werden.

Um die Kapazitäten bestmöglich zu nutzen ist es nötig, auf die regionale Verteilung der Studierenden und auf die Wahl der Fächer Einfluß zu nehmen. Dies soll nicht über neue bürokratische Verfahren, sondern über Information und Bedarfsanalysen geschehen, um früh mit der Beratung der Studierwilligen ansetzen zu können.

Der Bund wird seinen Beitrag zu leisten haben, deshalb spreche ich mich auch für die Beibehaltung der Mischfinanzierung im Hochschulbau aus, denn nur so könne der Bund diese Entwicklung auch mit beeinflussen.

(-/26.3.1981/hl/ca)

+ + +



Anhörung mit Sachverständigen

Neue Höchstwerte für Schwermetalle in Sportplatzbelägen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Alarmierende Feststellungen über gefährliche Mengen an Arsen, Blei und Cadmium im Feinstaub von Sportplatzbelägen im Bereich Aachen/Köln haben zu einer parlamentarischen Anfrage veranlaßt. In der Antwort führt das Bundesministerium des Innern jetzt aus, daß auch in anderen Bundesländern, so in Baden-Württemberg und Bayern, Untersuchungsprogramme eingeleitet seien. Eine Umfrage über die Ergebnisse der Untersuchungen soll einen Überblick über die tatsächliche Lage bringen.

Alarmierende Feststellungen über gefährliche Mengen an Arsen, Blei und Cadmium im Feinstaub von Sportplatzbelägen im Bereich Aachen/Köln haben die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Liesel Hartenstein, zu einer parlamentarischen Anfrage veranlaßt.

In der Antwort führt das Bundesministerium des Innern jetzt aus, daß auch in anderen Bundesländern, so in Baden-Württemberg und Bayern, Untersuchungsprogramme eingeleitet seien. Eine Umfrage über die Ergebnisse der Untersuchungen soll einen Überblick über die tatsächliche Lage bringen.

Die Bundesregierung hat jedoch dafür Sorge getragen, daß in den Neuentwurf der DIN 18 035 vom Oktober 1980 über "Anforderungen für Tennenflächen" bereits grundsätzlich ein Verbot gesundheitsschädlicher Konzentrationen an Schwermetallen aufgenommen worden ist. Zur Feststellung der zulässigen Höchstwerte, die in die neugefaßte DIN-Norm eingefügt werden sollen, hat das Bundesinstitut für Sportwissenschaft Forschungsmittel zur Verfügung gestellt. Bei der endgültigen Festlegung der Höchstwerte, die naturwissenschaftlich und medizinisch gleichermaßen abgesichert sein müssen, werden auch Vorschläge aus bereits abgeschlossenen Untersuchungen in Stollberg berücksichtigt, wonach je Kilogramm Tennenbaustoff 0,1 % Blei, 2,0 % Zink, 0,01 % Cadmium, 0,01 % Quecksilber und 0,003 % Arsen zulässig sein sollen. Am 31. März 1981 findet mit Beteiligung des Umweltbundesamtes, des Bundesgesundheitsamtes und der Bundesanstalt für Materialprüfung eine Anhörung von Sachverständigen zu diesem Thema statt.

Wie dringend das Problem und die damit verbundene mögliche Gesundheitsgefährdung ist, zeigen nicht nur Anfragen von Sportverbänden, sondern auch von besorgten Eltern, deren Kinder im Schulsport und in der Freizeit auf den mit Rotasche belegten Plätzen trainieren.

Deshalb ist eine systematische Stichproben-Untersuchung der Sportplätze, die von den jeweiligen Landesbehörden angeordnet werden muß, unbedingt notwendig. Sollte es in bestimmten Fällen zu Sanierungsmaßnahmen von Sport- und Tennisplätzen kommen, dann muß sichergestellt werden, daß mit Arsen, Blei und anderen giftigen Schwermetallen verseuchte Belagschichten nicht einfach als Aushub auf Mülldeponien abgekippt werden und dadurch die Schadstoffe wiederum ins Grundwasser gelangen können.

(-/26.3.1981/va-he/ca)



Staatsmann ohne Staatsamt

Zum Gedenken an Erich Ollenhauer

Von Günter Markscheffel

Am 27. März dieses Jahres wäre Erich Ollenhauer 80 Jahr alt geworden. Am 14. Dezember 1963 ist er, erst 62jährig, von uns gegangen. An seinem Grabe sagte Willy Brandt:

"Erich Ollenhauer hatte das schwere Erbe zu tragen, das auf seine Schultern kam durch Ferdinand Lassalle, August Bebel, Friedrich Ebert, Otto Wels und Kurt Schumacher. Er trug dieses Erbe mit einer bewunderungswürdigen Kraft der inneren Ruhe, die ihm eigen war. Ihn trug das Feuer der Liebe zur Freiheit. Unter seiner Führung gewann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Gesicht, das der Zukunft zugewandt ist. Unser Volk hat einen Mann verloren, dessen Herz für die Menschen schlug. Wir sagen Dank für dieses Leben, Dank diesem großen Sohn des Volkes."

Diese Worte in der Stunde des Abschiedes von Erich Ollenhauer, dem Vorsitzenden der SPD, waren Ausdruck tiefster Dankbarkeit gegenüber einem Mann, der als Nachfolger Kurt Schumachers in den entscheidenden Jahren des Aufbaues der Bundesrepublik Deutschland die Geschicke der einzigen demokratischen Partei Deutschlands lenkte, die nach der Hitler-Diktatur ihre ungebrochene Tradition, ihre Erfahrungen im Kampf für Freiheit und Recht in den Dienst unseres Volkes stellen konnte. Erich Ollenhauer personifizierte diese Tradition. Er gehörte zu jenen Sozialdemokraten, die - aus dem bitteren Exil zurückgekehrt - an der Seite gleichgesinnter Freunde jene Aufgabe übernahmen, die Kurt Schumacher mit den Worten umrissen hatte, "alles zu tun, um eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu verhindern".

In vielfältiger Weise war Erich Ollenhauer diesem Auftrag gerecht geworden. Er stand an der Spitze jener Frauen und Männer, die dank ihres großen Ansehens in der Sozialistischen Internationale sofort nach Kriegsende den Kampf gegen die in der Welt weit verbreitete Vorstellung von einer "Kollektivschuld des deutschen Volkes" mit Erfolg aufnehmen konnte. Er wurde zum Architekten der wiedererstandenen SPD und brachte in die Auseinandersetzungen mit den totalitären Kräften von rechts und links die unbeugsame Bereitschaft der SPD zur Fundamentierung eines neuen demokratisch verfaßten und sozialen Rechtsstaates ein.

Nach dem Tode Kurt Schumachers im Jahre 1952 wurde Ollenhauer zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Ihm oblag es nun, auch als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, die parlamentarische Opposition zu führen. Schon zu seinen Lebzeiten, aber erst recht an seinem Grabe wurde Erich Ollenhauer auch von den Gegnern der Sozialdemokratie uneingeschränkte Anerkennung für die konstruktive Arbeit gezollt, die er seit Bestehen des Bundestages geleistet hatte. Ollenhauer war es, der in den großen Auseinandersetzungen der 50er Jahre um die Politik Konrad Adenauers viele jener Elemente einbrachte, die unverrückbar bis heute die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens sind.



Erich Ollenhauer wußte, daß die deutsche Sozialdemokratie für ihren Weg in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts eine programmatische Neuorientierung brauchte. Als Vorsitzender der Partei förderte er systematisch die Vorarbeiten für ein neues Grundsatzzprogramm, das schließlich 1959 in Bad Godesberg mit nur wenigen Gegenstimmen verabschiedet werden konnte.

Professor Carlo Schmid erinnerte in einer Feierstunde des Deutschen Bundestages an Ollenhauers Leistungen beim Zustandekommen des Godesberger Programms:

"Ohne ihn wäre das Werk, das im Godesberger Programm seinen Abschluß fand, nicht zum guten Ende gekommen. Er war der gute Geist, der das Gute erkannte und vor dem weniger Guten warnte. Er war der Heger des bewährten Überkommenen und der Pfleger der jungen Gedankenkeime, die unter allzu vielen Diskussionen erstickt zu werden drohten. Er brachte die rechten Leute zusammen und baute die Brücken über den trennenden Strom. Er dämpfte Veteranen-Unmut und Erneuerer-Triumph und erstellte das Neue landauf, landab der Kritik der Mitglieder der Partei und damit sich selbst. Man bedenke, was es heißt, eine in Ehren hundert Jahre alt gewordene Partei dahin zu bringen, sich im Lichte einer neuen Zeit neu zu sehen und manches abzutun, was Generationen unantastbar erschienen war. Und dies, ohne daß diese Partei Schaden erlitt, ohne daß sie an sich irre wurde, sondern im Gegenteil in den Formulierungen des neuen Bewußtseins ihrer selbst überall jenes alte Menschheitsanliegen entdecken konnte, in dessen Zeichen die Gründer vor hundert Jahren aufbrachen, um diese Welt nach dem Maßstab des Menschen einzurichten. Es ist gelungen. Daß es gelang, ist das Verdienst vieler. Doch keines der vielen Verdienste ist dabei so groß und offenbar wie das Erich Ollenhauers!"

Man hat Erich Ollenhauer nicht selten verkannt. Da er sich nie in den Vordergrund stellte - Bescheidenheit war eine seiner wesentlichsten Charaktereigenschaften - glaubten oberflächliche Betrachter des Zeitgeschehens mitunter, er sei ein Zauderer. Später haben viele seiner Kritiker begriffen, wie entscheidend seine Leistung für die Festigung unseres demokratischen Staates war. Ollenhauer hat politische Talente entdeckt und zielbewußt gefördert. Nicht wenigen von ihnen hat er den Weg zu ihrer heutigen Bedeutung geebnet. Er hat einander widerstrebende Meinungen mit unnachahmlicher Geduld zusammengeführt und zu gemeinsamen Handeln verpflichtet. Den einmal als richtig erkannten Weg verfolgte er konsequent bis zur Entscheidung; und dies im parlamentarischen Bereich, wie bei der Arbeit an der Spitze der Partei.

Wenige Monate vor seinem Tode wurde Erich Ollenhauer einstimmig zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt. Dies war der Ausdruck der großen Anerkennung, die dieser Mann auch außerhalb Deutschlands genoß.

Als Erich Ollenhauer von uns ging, hinterließ er eine in sich gefestigte Sozialdemokratie, die unter seiner Führung den Weg zur modernen Volkspartei gefunden hatte. Er schlug die Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft und ebnete den Weg zu den großen Erfolgen bei den späteren Bundestagswahlen.

Erich Ollenhauer war ein Staatsmann, ohne jemals ein Staatsamt bekleidet zu haben. Trotzdem hat er Geschichte gemacht, geehrt von allen, die einen Sinn für wahren Patriotismus haben.

(-/26.3.1981/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

